

Verbände

Quo vadis, Energiewende?

[22.11.2013] Mehrere Spartenverbände der erneuerbaren Energien sorgen sich um die Zukunft der Energiewende in Deutschland und fordern die künftige Bundesregierung zum Handeln auf.

Wohin treibt die Energiewende? Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) und die Spartenverbände für Biogas, Solarenergie und Windenergie haben gestern (21. November 2013) in Berlin angesichts der bisherigen Entwürfe des Koalitionsvertrages die künftige Bundesregierung vor einer Abkehr der Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien gewarnt. Deutschland stehe aufgrund großer Überkapazitäten im Strommarkt und Plänen zum Bau von weiteren fossilen Kraftwerken vor der Systemfrage, so die Vertreter der Erneuerbaren-Branche. „Wir brauchen politische Rahmenbedingungen, die keinerlei Zweifel an dem Willen zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende aufkommen lassen“, sagt BEE-Präsident Fritz Brickwedde. Wenn die neue Bundesregierung Deutschlands Klimaschutzziele ernst nehme, dürfe sie den Ausbau der Erneuerbaren keinesfalls auf 40 Prozent Anteil an der Stromproduktion im Jahr 2020 und 55 Prozent 2030 deckeln. Das wäre auch ein falsches Signal an die Klimaschutzkonferenz in Warschau. Besonders groß sei diese Gefahr durch die bisherigen Entwürfe des Koalitionsvertrages für die Biogasbranche. „Wenn Strom aus Wind- und Solaranlagen das Zentrum der künftigen Stromerzeugung bilden soll, dann müssen deren naturgegebenen Lieferlücken durch den flexiblen erneuerbaren Energieträger Biogas gefüllt werden“, sagt Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas.

Die Präsidentin des Bundesverbandes WindEnergie (BWE), Sylvia Pilarsky-Grosch, wandte sich indes gegen die Vorwürfe, ihre Branche würde zu stark gefördert: „Eine moderne Windkraftanlage ist in den Stromgestehungskosten günstiger als ein neues Kohlekraftwerk, wenn alle Kosten fair berücksichtigt werden.“ Zudem zeige die aktuelle Kostenstudie des BWE und des Maschinenbauverbands VDMA deutlich, dass es keine flächendeckende Überförderung gebe. „Ausbaukorridore oder neue Abstandsregelungen bremsen die Energiewende aus und gefährden viele Arbeitsplätze in der exportstarken Windbranche, die für 118.000 Jobs steht“, so Pilarsky-Grosch weiter. Deutschland müsse jetzt beweisen, dass die Energiewende machbar ist. Es bedürfe eines funktionierenden Heimatmarktes und eine Bundesregierung, die bereit ist, die von ihr begonnene Energiewende fortzuführen, so die Verbände.

(ma)

Stichwörter: Politik, BEE, Biogas, BWE, EEG-Reform, Fachverband Biogas, Fritz Brickwedde, Sylvia Pilarsky-Grosch, VDMA, Windenergie